

Beschluss (Ziffern 2 und 8 gegen die Stimmen der AfD, die restlichen Ziffern einstimmig):

1. Die spezifischen Fortbildungsangebote des Pädagogische Instituts – Zentrums für Kommunales Bildungsmanagement zum Thema Antisemitismus werden künftig weiter nachfrage- und bedarfsgerecht ausgebaut. Dabei finden u.a. eine Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) sowie eine fachliche Abstimmung und ein Bedarfsabgleich mit der Fachstelle für Demokratie statt.
2. Verbunden mit dem Förderzweck der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Empowermentarbeit mit jungen jüdischen Münchner*innen sowie der Begegnungsarbeit, erhält die Europäische Janusz Korczak Akademie ab dem Haushaltsjahr 2025 jährlich einen Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro. Die Steuerung wird der Fachstelle für Demokratie übertragen.

Die dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel für die Jahre 2025 ff. in Höhe von 50.000 Euro werden vom Direktorium mit Wirkung ab dem Haushaltsjahr 2025 zur Anmeldung gebracht. Das zahlungswirksame Produktkostenbudget des Produkts P31111100 Gemeindeorgane erhöht sich entsprechend.
3. Die Ausführungen der Münchner Volkshochschule zur antisemitismuskritischen Bildungsarbeit werden zur Kenntnis genommen und den Ausführungen wird zugestimmt.
4. Die Münchner Volkshochschule und die Fachstelle für Demokratie setzen künftig im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus jährlich einen gemeinsamen Akzent in Form einer entsprechenden Kooperationsveranstaltung.
5. Die Landeshauptstadt München richtet – gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern – eine Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag des antisemitischen Massakers der HAMAS vom 7. Oktober 2023 aus. Die Federführung für die Umsetzung liegt bei der Protokollabteilung im Direktorium.
6. Die Ausführungen zu den verschiedenen Projekten und Angeboten des Kulturreferats zur stärkeren Sichtbarmachung des Beitrags jüdischer Münchner*innen zur historischen Entwicklung Münchens werden zur Kenntnis genommen und den Ausführungen wird zugestimmt.

7. Von dem Kooperationsprojekt zu Erhalt und Dokumentation des alten jüdischen Friedhofs wird Kenntnis genommen und dessen Realisierung zugestimmt. Das Kulturreferat wird beauftragt, den Stadtrat zum Fortgang des Projekts wieder zu befassen und die erforderlichen Mittel zu beantragen.
8. Die Landeshauptstadt München setzt künftig jährlich durch die Illuminierung städtischer Fassaden zu einem geeigneten jüdischen Feiertag (z.B. Chanukka) ein Zeichen der Sichtbarkeit jüdischen Lebens sowie gegen Antisemitismus. Die konkrete Umsetzung wird zwischen der Protokollabteilung im Direktorium, der Fachstelle für Demokratie und der Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität abgestimmt.
9. Die Anträge Nr. 20-26 / A 04578, Nr. 20-26 / A 04579 und Nr. 20-26 / A 04578 sind damit geschäftsordnungsgemäß behandelt und erledigt.
10. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.